

den reduziert worden, so dass nach der neuen Regelung noch weniger Geld blieb als vorher: angeblich zwischen 300 und 500 Euro im Monat. Immer noch bar, immer noch ohne Beleg. Nur weil er zur selben Zeit Hartz IV bezogen habe, sei er über die Runden gekommen. Wallraffs Anwalt sagt dagegen, es habe „keine feste wöchentliche Arbeitszeit und keinen festen Stundenlohn“ gegeben, sondern finanzielle Zuwendungen, die, wenn man sie auf eine Stunde umrechnen würde, „weit mehr als 8 Euro“ betragen hätten.

Zur Rede stehen Arbeitsbedingungen, wie sie Wallraff oft kritisiert hat, unter anderem in seiner Reportagen-Sammlung „Aus der schönen neuen Welt“ von 2009. Er prangert darin die prekären Verhältnisse an, unter denen Angestellte leiden. So zählten die Mitarbeiter der Kaffeekeette Starbucks zu den „working poor“ – Menschen, die schuften und dennoch nicht genug verdienen. „Für die tägliche Arbeitsintensität ist der Job gnadenlos unterbezahlt“, schreibt Wallraff. Er berichtet über ähnliche Fälle in Restaurantküchen und Großbäckereien, um am Ende melancholisch zu werden: Vor 40 Jahren, als er mit der Arbeit begann, habe er auf mehr Menschlichkeit gehofft. Sein Fazit: „Die Ungerechtigkeit hat zugenommen, menschlicher sind die Lebensverhältnisse nicht geworden, im Gegenteil.“

Bei einigen seiner über die Jahre wechselnden Mitarbeiter hatte Wallraff keinen sonderlich guten Ruf. Levent Sinirlioglu, der Wallraff seine Identität für die „Ganz unten“-Recherchen lieh, klagte bereits Ende der achtziger Jahre über dessen Willkür in Geldsachen. Die Bezahlung seiner Helfer habe Wallraff geregelt „wie jeder andere Chef, der billig davonkommen will“. Ein anderer Mitarbeiter klagte über verspätete Lohnzahlungen.

Ende Juni schrieb André Fahnemann an Wallraff einen Brief. Er habe keine Lust und Kraft mehr, ständig auf Abruf bereitzustehen. Sein Gehalt stagniere, doch die Erwartungen an ihn würden größer. „Du bist als Arbeitgeber nicht besser oder schlechter als die da draußen.“ Außerhalb der Arbeitszeit sei er nun nicht mehr erreichbar, „beginnend ab 17 Uhr, bis zum Folgetag 10 Uhr, Wochenende ganztägig“.

Wallraff lässt dem SPIEGEL ausrichten, er habe Fahnemann unterstützt, ein festes Arbeitsverhältnis zustande zu bringen, und sei dafür mit ihm aufs Amt gegangen. Der habe aber abgelehnt und den Kontakt abgebrochen, nachdem ihm Wallraff 4000 Euro gegeben habe.

Das Finanzamt Köln-Nord will sich mit Verweis auf das Steuergeheimnis ebenso wenig äußern wie die Arbeitsagentur. Fahnemanns Anwalt Frank Langen sagt, sein Mandant habe „mit der Selbstanzeige die Reißleine gezogen, um sich aus diesem Arbeitsverhältnis zu lösen“.

CHRISTOPH SCHEUERMANN, HOLGER STARK



Wissenschaftlerin Ammicht Quinn

UWE ANSPACH / PICTURE ALLIANCE / DPA

ÜBERWACHUNG

„Sicherheit ist Leitmotiv“

Die Tübinger Ethikprofessorin
Regina Ammicht Quinn, 55, über die Gefahren von
Überwachungstechniken für freie Gesellschaften

SPIEGEL: Frau Ammicht Quinn, europaweit gibt es Proteste gegen das EU-Forschungsprogramm Indect. Dessen Ziel ist es, Bilder intelligenter Überwachungskameras mit vorhandenen Daten von Personen zu verknüpfen, um Straftaten automatisch zuzuordnen. Droht der Überwachungsstaat?

Ammicht Quinn: Indect ist der Alptraum jeder freien Gesellschaft. In Deutschland wäre eine Realisierung zurzeit nicht möglich, weil eine solche Verknüpfung vieler unterschiedlicher Daten gegen unser Recht verstoßen würde.

SPIEGEL: Besonders umstritten ist die geplante Erkennung von „abnormalem Verhalten“ durch Kameras. Was heißt überhaupt abnormal?

Ammicht Quinn: Das ist ein Riesenproblem. Normalität wird hier technisch festgelegt, etwa durch eine explizite Regel oder durch das, was statistisch „normal“ ist. Die Gefahr ist, dass etwa Gehbehinderte oder Obdachlose diskriminiert werden, weil sie auffällig sind. Und wir wollen doch nicht in einer Gesellschaft leben, in der Menschen nicht mehr auffällig sein dürfen.

SPIEGEL: Das Bundesforschungsministerium unterhält eigene Projekte, die sich auch mit dem Erkennen von „auffällig

erscheinenden Personen“ durch Videokameras befassen, etwa an Flughäfen. Sie begleiten diese Programme aus ethischer Sicht. Wo liegt der Unterschied zu Indect?
Ammicht Quinn: Bei Indect sollen unterschiedlichste personenbezogene Informationen automatisch verbunden werden, was ich ablehne. Bei den Forschungsprogrammen des Ministeriums geht es um Hilfen für Sicherheitspersonal, das vor Monitoren sitzt und von Kameras auf mögliche Probleme hingewiesen werden soll. Das ist gewiss nicht das Paradies auf Erden, weil Daten missbraucht werden können. Aber das Ministerium hat von Anfang an Geistes- und Sozialwissenschaftler einbezogen. Das war bei Indect nicht der Fall.

SPIEGEL: Warum müssen überhaupt Steuergelder für Überwachungstechnik ausgegeben werden?

Ammicht Quinn: Die Politik reagiert auf Bedürfnisse in der Bevölkerung. Sicherheit ist zum Leitmotiv geworden, das fängt im Alltag bei der Lebensmittelsicherheit an. Wir leben in einer der sichersten Gesellschaften, die es je gab. Umso schwieriger ist es für viele, Unsicherheit zu ertragen.

INTERVIEW: SVEN BECKER